

Abg. Griesert beantragte, dass man für die Versendung der Sitzungsunterlagen die elektronischen Informationswege nutzen möge.

Der Landrat machte Abg. Griesert darauf aufmerksam, dass die Beratung des Tagesordnungspunktes 2 anstehe. Er stellte ihm in Aussicht, seinen Beitrag unter TOP 20 „Mitteilungen und Anfragen“ wiederholen zu können.

Abg. Dr. Fleck signalisierte seine ablehnende Haltung gegenüber dem Beschlussvorschlag und dem dazu vorliegenden Antrag der CDU- und GRÜNE-Kreistagsfraktion. Presseberichte würden belegen, dass es sich bei dem Verfassungsschutz um eine äußerst fragwürdige Organisation handle. Es sei an der Zeit, diesen bürokratischen Apparat kritisch zu prüfen. Einen Umzug dieser Organisation nach Berlin könne man nicht bedauern.

Der Kreistag fasste sodann nachstehenden Beschluss: